

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA und Stefan Berger betreffend „ausreichend Kindergartenplätze für Kinder mit Behinderung“, eingebbracht in der Rechnungsabschlussdebatte am 27.6.2023 in der Spezialdebatte „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ zu Post 1

Laut Behindertenanwältin Christine Steger gibt es in Österreich derzeit zu wenig Kindergartenplätze oder andere Betreuungsangebote für Kinder mit Behinderung. In jüngster Vergangenheit gebe es immer wieder Beschwerden von Eltern, denen – trotz der begrenzten Karenzzeit – wegen dieses Mangels lange Wartezeiten auf einen geeigneten Platz angekündigt werden. Diese aktuelle Situation sei „ein klarer Verstoß gegen das Gebot der angemessenen Vorkehrungen aus der UNO-Behindertenrechtskonvention“. Der erschwerte Zugang könne nicht nur dazu führen, dass Kinder mit Behinderung um die Förderung ihrer Entwicklung und das soziale Lernumfeld im Kindergarten umfallen. Die fehlende Betreuungsmöglichkeit bedeute meist auch, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen und stark belastet sind, weil sie neben der Kinderbetreuung ein existenzsicherndes Familieneinkommen zu erlangen versuchen. Im schlimmsten Fall könnten die finanziellen Einbußen zum sozioökonomischen Abstieg der Familien führen. Die strukturelle Benachteiligung von Kindern mit Behinderungen beim Kindergartenzugang widerspreche der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, durch die sich Österreich zu einem integrativen Bildungssystem auf allen Ebenen verpflichtet habe. Außerdem wird auch gegen das Diskriminierungsverbot des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes verstößen, indem der Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu öffentlich angebotenen Gütern und Dienstleistungen geregelt ist.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden



B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für den gleichberechtigten Zugang zu Betreuung in Kindergärten für alle Kinder und die Schaffung ausreichend vorhandener Kindergartenplätze, insbesondere für Kinder mit Behinderung aus und fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat für „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ auf, die aktuelle Situation der verfügbaren Kindergartenplätze zu evaluieren, den notwendigen Bedarf vor allem für Kinder mit Behinderung sicherzustellen und den gleichberechtigten Zugang zu Betreuung in Kindergärten zu gewährleisten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages an den GRA für „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ beantragt

M. Steger, Stefan Berger, Maximilian Krauss